

Windpark: Neckargemünd will mitmachen

Lammerskopf: Stadt beteiligt sich an Artenschutz-Untersuchung

Neckargemünd. (cm) Die Stadt am Neckar geht den nächsten Schritt, um sich an einem möglichen Windpark auf dem Lammerskopf zwischen Heidelberg und Schönau zu beteiligen (siehe auch weiterer Artikel zum Thema). Der Gemeinderat hat in seiner jüngsten öffentlichen Sitzung einstimmig bei einer Enthaltung von Giuseppe Fritsch (fraktionslos) beschlossen, die Stadtwerke Heidelberg Energie GmbH als Projektierer des Windparks zu bitten, bei den anstehenden Untersuchungen zu Natur- und Artenschutz und der generellen Machbarkeit ein Flurstück im Distrikt „Felsenberg“ auf Neckargemünder Gemarkung mit einzubeziehen. Zudem will sie über das Ergebnis der Untersuchungen und den weiteren Verlauf informiert werden.

Bereits in der Bürgerfragestunde war das nicht unumstrittene Vorhaben Thema. Reinhard Ding vom Verein Birnbaum will eine Bürgerinitiative ins Leben rufen und fragte, warum die Bürger nicht zu einem „Forum“ über die Planungen zum Windpark eingeladen werden. Er mutmaßte, dass der Gemeinderat hinter verschlossenen Türen über den Windpark diskutiert habe und das Gremium wohl etwas zu „verbergen“ habe.

Dem widersprach Bürgermeister Frank Volk und meinte, Ding stelle die Fakten nicht richtig dar. So wolle er als Bürgermeister kein Grundstück „verschern“, wie behauptet werde. „Der Souverän ist der Gemeinderat“, betonte Volk. „Und dieser hatte einstimmig beschlossen, unter Umständen das Neckargemünder Grundstück mit einzubringen.“ Auf diesem Flurstück seien auch nicht zwei bis vier Windräder möglich, sondern nur wohl ein Rotor. Und auch dies sei noch nicht klar. „Ich bin kein Freund von Windrädern im Wald“, sagte Volk. Aber auch diese gehörten zur Klimawende genauso wie Photovoltaik und die Nutzung von Flussenergie. „Man kann nicht immer nur auf andere zeigen, sondern muss bereit sein, einen Teil dazu beizutragen“, meinte der Bürgermeister. Wenn auf dem Lammerskopf ohnehin Windräder gebaut werden, wolle man dabei sein. Unter Applaus sagte Volk, dass niemand Wald sinnlos zerstören werde.

Grundstück ist 13 Hektar groß

Dann ging es um die Entscheidung. Volk berichtete, dass die Stadtwerke als „Projektführer“ für das Konsortium mit den Energiegenossenschaften derzeit die artenschutzrechtliche Untersuchung über die 600 Hektar große Fläche plane, die dem Land Baden-Württemberg gehöre. Diese liege ausschließlich auf den Gemarkungen von Schönau und Heidelberg. Die Stadtwerke hätten nun um eine Entscheidung gebeten, ob das angrenzende Neckargemünder Grundstück mit einbezogen werden soll. Dieses sei 13 Hektar groß. „Der Anteil an der Gesamtfläche ist also verschwindend gering“, meinte Volk. Die Stadtwerke würden das Neckargemünder Grundstück kostenlos untersuchen. Danach wisse man, wie es weitergeht.

„Der Vorschlag ist weise und richtig“, lobte Hermino Katzenstein (Grüne) und betonte: „Wir machen faktenbasierte und nicht gerüchtebasierte Politik.“ Die Grünen würden für ein Windrad stimmen, wenn die artenschutzrechtlichen Untersuchungen gut ausfallen. Maximilian Bernauer (CDU) brachte ins Spiel, die Förster wegen des besten Standorts für ein Windrad einzubinden. Bürgermeister Volk hielt dies für zu früh. Er stehe jedoch mit dem Revierförster in Kontakt, es gebe in dem Bereich bereits „Rodungsinseln“, die man nutzen könne. „Dort könnten Windräder entstehen, ohne viele Bäume fällen zu müssen“, so Volk. Dies sei insgesamt auch billiger. Winfried Schimpf (SPD) merkte an, dass das Neckargemünder Grundstück nicht Teil des streng geschützten Flora-Fauna-Habitat-Gebiets sei. „Deshalb ist es ja auch interessant“, ergänzte Volk.

„Wir wollen Geld verdienen und zerstören dafür Wald“, gab Giuseppe Fritsch (fraktionslos) zu bedenken. Viele Bürger seien gegen den Windpark. Es gelte, bessere Lösungen zu finden und keinen Schnellschuss zu machen. „Wer ein Gutachten in Auftrag gibt und es bezahlt, hat einen Vorteil“, meinte er. „Große Konzerne haben sich nicht für den Lammerskopf interessiert.“ Dem widersprach Bürgermeister Volk: „Das ist definitiv falsch.“ Es gehe der Stadt nicht ums Geldverdienen. Steffen Wachert (Freie Wähler) warnte davor, falsche Behauptungen in den Raum zu stellen: „Das wirft ein schlechtes Licht auf uns alle.“ Marco La Licata (Linke) hielt das Vorgehen für sinnvoll und signalisierte Zustimmung.